

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeilen 40 Pf. Telephon Nr. 535

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Charakter.

Wir sagen: Dieser Mensch hat Charakter. Wir meinen damit, daß mitten in dieser Welt der Vergänglichkeit etwas Festes und Unerlöschbares erschienen sei, eine Persönlichkeit, die nicht von äußeren Eindrücken aus bestimmt wird, sondern aus einem festen Kern von geistigen Ueberzeugungen heraus handelt und diesen die Treue bewahrt bis in den Tod. . . . Das, was wir Charakter nennen, das ist noch lange nicht erreicht, wenn das natürliche Selbst des Menschen sich irgendwo leidenschaftlich oder starrsinnig der Außenwelt gegenüber durchsetzt: nein, in dieses natürliche Selbst ist die Außenwelt und die Körperwelt noch tausendfach hingewirkt, unsere besten Neigungen und Motive sind durchsetzt mit so viel Egoismus und Eitelkeit, so viel Selbstsucht und Sinnlichkeit, so viel Abhängigkeit von äußerlichen Dingen, daß dieses verworrene Durcheinander nur durch einen furchtbaren Ernst des Wahheitsverlangens und der Selbsterziehung gelöst werden kann. Und auch dann nur mit höherer Hilfe.

Dr. Fr. W. Förster im „Vordland“

Wirtschaftliche Umschau.

Ein Prügelnabe muß da sein. Als im Vorjahre die Wirtschaftskontunktur nach einem beispiellosen Aufstieg in allen Industriezweigen wieder abwärts ging, da wiesen alle Beteiligten entrüstet mit dem Finger auf Amerika. „Als der Wind sich erhob, da flog zerblüht die Blume.“ Heute gasiert das „schwarze Brot“ in der Rolle. Wo nur ein Kageleisch „Mittmenschen“, die Herren vom Kohlenyndikat. Zumal auf dem Eisenmarkt. Denn die hier so sehnsüchtig erhofften Preisermäßigungen bleiben aus — infolge der Politik des Kohlenyndikats. Stahlwerke sind in der Lage sich für unmöglich, da die Politik des Kohlenyndikats den Weg dazu versperrt. Könnte nur Jeder, wie die Hamburg-Amerika-Linie Kohle aus England beziehen, weil, wie Wallin in der Generalversammlung sagte, „die deutschen Preise nicht den Verhältnissen angepaßt werden.“ Das wäre doch ein Mittel, den Starrsinn jener Uebermenschen zu brechen.

Nun klagen Leptere gar über Absatzmangel! Haben sie verlernt, an die eigene Brust zu klopfen? Das läßt sich doch an den Fingern wahrnehmen? Ein Betrieb ist vom andern abhängig und weil die Kohle teuer ist, mußte die Eisenproduktion eingeschränkt werden, und weil sie eingeschränkt ist, leidet nun der Kohlenbergbau? So müßten schon Adam Nieses Anfangsgründe die „Gewaltigen“ zur Vernunft bringen. Aber was nützt das alles! Sie wollen nicht. Drum, lieben Leute, laßt alle Hoffnung fahren!

So kommt es, daß eine Betrachtung des Eisen- und Stahlmarktes wehmütig stimmen könnte. Wir erwähnten bereits allgemein die erforderlich gewordenen Betriebseinstellungen und können im Detail nur einzelnes streifen. Wir gedenken da zunächst der fünfprozentigen Betriebseinschränkung, die das Siegerländer Hoheisenyndikat zu beträchtlicher Veranlassung nahm. Und welche klagende Grundstimmung geht nicht durch so manchen Einzelbericht! Da lesen wir: Der Aufsichtsrat der Harzer Werke beschloß neulich, den Betrieb einer seiner Gießereien, bis auf Weiteres einzustellen, da nicht genug Aufträge vorlagen, um alle fünf Gießereien zu beschäftigen. Im lothringisch-luxemburgischen Bezirk wurden im Februar 1908 an Hoheisen 20 600 Tonnen weniger produziert als im Februar 1907; im Siegerland betrug die Produktion von Bessmerstählen nur noch 47 Tonnen gegen 3753 Tonnen im Januar 1908 und 2126 Tonnen im Februar 1907; im We-

schäftsbericht der Essener Staatskohlenbergwerke heißt es, der Rückgang sei hauptsächlich in Koks bemerkbar, dessen Absatz in erster Linie von dem Verbrauch der Eisenindustrie abhängt. Bei den Siegerländer Hoheisenwerken . . . reichen die vorliegenden Aufträge kaum 30 Prozent der Leistungsfähigkeit und der Vorrat ist beträchtlich angewachsen, obwohl nur je ein Ofen arbeitet. Und so geht's in buntem Wechsel weiter, wenn man durch die so wenig fröhlichduftenden Geilde des Wirtschaftsmarktes schreitet. Es ist kaum eine „gute“ Stelle, an der sich das ruhbedürftige Auge erholen könnte.

Und doch, ich, der „Muschauer“, muß dich weiter führen, lieber Leser, geht's gleich an Trümmerschutt und erstarbenden Flammen und misshandelt dreinschauenden Menschenkindern vorbei. So vernehmen wir denn, wie die großen Hoheisenverbände, um ihre Preise halten zu können, neue Produktionsbeschränkungen beschließen und damit ihren Abnehmern eine wachsende Last an Selbstkosten aufbürden, die in ungesundem Verhältnis zu den Einnahmen steht. Die Hoheisen- und Stahlzeugpreise reichen beinahe an die Notierungen für Bleche und Stabeisen heran und die Hersteller dieser Fabrikate arbeiten mit so teurem Rohmaterial, natürlich ohne Nutzen.

Es ist daher weiter nicht verwunderlich, daß die „herrliche Syndikatswirtschaft“ zu einem stehenden Kapitel in der Presse geworden ist, die immer wieder mit Nachdruck darauf hinweist, daß die Kohlenpreise nicht nur dem ständigen Preisrückgang für Eisen und Eisenwaren sich nicht ausgeschlossen, sondern zum Teil noch eine Erhöhung erfahren haben. Das erhellet insbesondere aus einer Gegenüberstellung der Börjennotierungen der genannten Waren, die jüngst durch die Presse ging und unsern Lesern nicht vorenthalten bleiben möge.

Es notierten:

Düsseldorfer Börse:			
	5. April 1907	20. März 1908	— Rückgang + Zunahme in Markt
Spiegelstahl	9.—93	85—87	-6—7
Putzhoheisen	78	74	-4
Stahlstücken	80	76	-4
europ. Gießereistahl I	85	78	-7
europ. Gießereistahl III	81	71	-10
Hämatt	86	80	-6
Gen. Stabeisen (Flußstahl)	143—150	108—115	-35—40
(Schweißstahl)	165—170	135	-30—35
Gen. Blech aus (Flußstahl)	145	118—120	-25—7
Reißblech	155	128—130	-25—27
Reißblech	160	124—130	-36—36
Eisenwalzdraht	152,50	132,50	-20

Essener Börse:			
	10. April 1907	6. April 1908	
Mußkammkohle			
gew. Korn I u. II	13,50—14,00	14,50	+0,50—1,00
Bestmelter. Feinkohle	12,10—12,60	12,50—13,00	+0,40
Muß-Feinkohle			
gew. Korn Nr. 1	13,20—13,50	13,50—14,50	+0,30—1,00
II	13,50—13,75		
Muß-Magertohle IV	10,50—12,00	12,00—13,50	+1,50

In den Entrüstungsschreien gegen die Mächenschaften der Syndikatswirtschaft stimmt denn schließlich auch die dieselbe „gegenstrebende“ Einrichtungen nicht fernstehende Presse ein und selbst die „Rhein. Westf.“ und die „Köln. Zeitung“ greifen mit solcher Wucht in die Leier, daß daraus selten gehörte, ordentlich martige Töne hervorkommen. Mit besonderer Schärfe aber und unter Erbringung eines geradezu erschütternden Materials geht die „Köln. Volkszeitung“ vor. Greifen wir aus ihren Anklagereden einige markante Sätze heraus:

„In diesen scharfen, unenträglichem Gegensätzen und Mißverhältnissen liegt das ganze Uebel, die Hauptursache der völkischen Verzerrungen und Verwahrung auf dem deutschen Eisenmarkt. . . . Niemand wird es heute noch abzustreiten wagen, daß ohne die Brenn- und Hoheisenverbände mit ihrer schonungslosen, rücksichtslosen Preispolitik solche Mißverhältnisse und widerwärtige Zustände,

unter denen das ganze Eisengewerbe schwer zu leiden hat, sich nie hätten entwickeln können! Es genügt ja, allein auf die Haltung des Kohlenyndikats hinzuweisen, um zu zeigen, daß unter der Diktatur unserer Verbände niemals eine gesunde natürliche Entwicklung im Eisengewerbe mehr zu erhoffen ist, noch der klaffende Zwiespalt verschwinden kann, welcher durch jene Verbände verursacht worden ist.“

Das Klingt hart, wie die — Wahrheit! Wer auch dem Schlimmsten eine gute Seite abzugewinnen vermag, wird sich vielleicht mit der Hoffnung trösten, daß alles das den Freunden einer Kartellgesellschaft nur neue Sympathien einbringen und den Erlaß eines Gesetzes beschleunigen werde. Wenn nur nicht die Stellung der Regierung zu den Kartellfreunden eine so ausgesprochen — unausgesprochene wäre! Inzwischen rüsten sich insbesondere so viele kleinere Leute mit brennenden Augen zu dem Begräbnis ihrer frühlingshoffnungen und manchem Arbeiter mag der frühliche Osterwunsch wie bitterer Kohn in die Seele geschnitten haben.

Wenn wir eingangs der Vereinigten Staaten von Amerika gedachten, so geschah es in der Absicht, auch dieses Faktors von unserer Wetterwarte aus noch Erwähnung zu tun. Das ist durchaus erforderlich, denn Uncle Sams Meinung und Verhalten wiegen schwer auf dem Wirtschaftsmarkte. Ein Kunststück, aber daraus für den Augenblick weitreichende Schlüsse zu ziehen! Wenn man allerdings nach den von dem guten Ankel zur Schau getragenen Mienen urteilen wollte, so wäre von ihm für die nächste Zeit nur Gutes zu erwarten. Denn dieselben tragen das verklärende Lächeln der Hoffnungsfreudigkeit und haben sich ganz besonders aufgeheitelt nach der Wiedereröffnung der Knicker-Locker Trust Company, deren Schließung s. B. den eigentlichen Beginn der Panik in Newyork bedeutete.

Es wäre schon viel, wenn wenigstens endlich einmal die Gießplanze der Geldnot mit Stumpf und Stiel ausgerottet sein würde. Aber es gibt Leute, denen das Wort von der „guten Miene zum bösen Spiel“ nicht aus dem Kopf will und die für ein gesundes Mißtrauen plaidieren. „Die Meldungen aus Amerika“, so berichtet die „Frankf. Aftg.“, „werden immer noch sehr skeptisch aufgenommen, weil man nach wie vor Ueberforschungen befürchtet, denen man sich nicht gerne wieder aussetzen möchte.“ Ja, wenn man sich einmal die Finger verbrannt hat —! Der Eisenmarkt gilt dabei als ganz besonderer Interessent. Lassen wir doch erst dieser Tage in einer englischen Meldung: „Die wenig zuverlässig gehaltenen Meldungen über die Lage des Eisen- und Stahlmarktes in den Vereinigten Staaten haben umso größeren Einfluß auf die Gestaltung des englischen Hoheisengeschäftes ausgeübt, als man sich in England nicht ganz von der Besorgnis, daß die Vereinigten Staaten vielleicht doch einen Teil ihrer überschüssigen Hoheisenherzeugung an den europäischen Markt werfen könnten, freizumachen vermag.“ Natürlich würde in einem solchen Falle nicht England allein der Leidtragende sein, sondern insbesondere auch Deutschland, in dem dann das Gespenst der Produktionseinschränkung noch freieres Spiel haben würde. Können sich hier doch einzelne Zweige des Eisengewerbes lediglich durch eine nach Möglichkeit forcierte Ausfuhr über Wasser halten.

Frauenfrage und Arbeiterinnenbewegung.

Eins der schwierigsten Probleme der heutigen Frauenbewegung ist die Tatsache, daß die Zahl der Frauen überwiegt. Infolgedessen kann nicht jede Frau einen Mann haben. Dazu kommt noch, daß Tausende von Männern nicht heiraten; in den meisten Fällen deshalb nicht, weil sie die Verantwortung für eine Familie nicht übernehmen wollen, oder auch, weil sie nicht können. Folglich muß manche Frau sich selbst ihren Lebensunterhalt verdienen.

Dieser Ueberschuß in der Zahl der Frauen wird aber sichtlich von Jahr zu Jahr geringer. Das

gehört" Kollegenschaft das vorzuziehen einschlägt, hat wohl mehr denn ein christliches Verbandsmitglied schon gespürt in der Offizin bei gelegentlichen Anstellungen etc.) ...

Die sozialdemokratische „Metallarbeiterzeitung“

Werk auf unsern Hinweis, daß Schlichte, Reichel und Genossen gleich dem Obergelben Lebius sich dazu durchgerungen haben, den ordentlichen Gerichtsstand der Presse zu umgehen, nichts anderes zu erwidern, als wir sollten vor unserer Türe sitzen. Warum hätten wir den christlichen Bezirksleiter Broich-Düsseldorf nicht bewogen, den Redakteur der Met.-Ztg. in Stuttgart statt in Düsseldorf zu verklagen. — Das war wieder recht unbedacht von der Stuttgarter „Kollonin“.

Auf unsere Beweise von der sozialdem. Anweisung zum Terrorismus antwortet die „Met.-Ztg.“ mit einer wütenden Schimpferei. Das Blatt bringt es fertig, seinen Lesern vorzu-machen, wir hätten uns auf seine Herausforderung — ausgeschwiegen. Nur das den Terrorismus offen verherrlichende Zitat aus der sozialdem. „Wäckerzeitung“ habe „einige Unschicklichkeit mit einer Antwort“, alles andere gehöre nicht zur Sache. Das Zitat aus dem sozialdem. Steinarbeiterorgan, das Terrorismuszirkular der Vertrauensperson der sozialdem. Frauen, die Terrorismusorgan in Bielefeld, die bis heute noch nicht den geringsten Tadel der „Met.-Ztg.“ gefunden haben, alles das wird den Lesern der „Met.-Ztg.“ von ihrem „wahrheitsliebenden“ Organ untergeschlagen. Wahrlich eine feine — aber bequeme — Taktik.

Das ist eine kleine Blütenlese der Kraftworte, womit sich das sozialdemokratische Blatt an unsern einwandfreien Beweisen vorbeidrücken möchte. Damit beweist das sozialdemokratische Organ aber nur, daß es in dieser für die Genossen mehr wie blamablen Polemik sich am liebsten gefällt. Die „wohlverdiente Züchtigung“ ist einer ganz andern Stelle zuteil geworden, wie es die „Met.-Ztg.“ ihren Lesern vormachen will, nämlich ihr selbst und allen jenen Blättern und Führern, die den Terrorismus begünstigen und gut heißen. Und dieser sind im sozialdemokratischen Lager nicht wenige, den Beweis dafür haben wir auf die dreiste Herausforderung der „Met.-Ztg.“ mit einwandfreiem Material erbracht.

Soziale Rechtsprechung.

Kann ein Arbeiter sofort entlassen werden, der eine Beschwerde an die Gewerbeinspektion gerichtet hat?

Diese Frage beschäftigte das Kölner Gewerbegericht in seiner Sitzung vom 5. Dezember 1907. Es beantwortete die Frage mit nein. Es handelte sich um folgenden Fall:

Ein auf der Steingrube in Kallerau beschäftigter Arbeiter hatte der Gewerbeinspektion in Gummersbach Mitteilungen gemacht über Mißstände, die auf der genannten Grube bestanden sollten. Die Firma erhielt durch die Gewerbeinspektion (!) Kenntnis von dem Schreiben des Arbeiters und entließ ihn sofort (hielt also die stägige Kündigungsfrist nicht ein).

Der Arbeiter klagte darauf gegen die Firma um Bezahlung der 8 Tage d. i. 30 Mark. Die beklagte Firma stützte sich indes darauf, daß in dem Schreiben des Arbeiters eine beleidigende Denunziation gelegen habe, die sie zur sofortigen Entlassung berechtige. Sie bestritt,

daß Anlaß zu dem Vorzeichen des Arbeiters vorhanden gewesen sei; er habe die Pflicht gehabt, sich zwecks Abstellung der in Rede stehenden Mißstände zunächst an seinen vorgesetzten Meister bezw. an die Direktion selbst zu wenden; das sei nicht geschehen. Der Arbeiter hingegen machte geltend, daß er sich für berechtigt gehalten habe, die Meldung an die Gewerbeinspektion zu machen; eine Beschwerde bei der Direktion würde nach seiner Meinung erfolglos geblieben sein, eine Denunziation sei es nicht, wenn er sich an die für beratliche Beschwerden zuständige Behörde gewandt habe.

Die Firma wurde zur Zahlung der 30 Mark verurteilt. Das Gerichtsurteil führt in der Begründung aus:

„Die G. O. gibt in § 123 Ziffer 1—8 die Gründe genau an, aus denen ein gewerblicher Arbeiter, falls nicht etwa eine längere Kündigungsfrist vereinbart ist, ohne Kündigung entlassen werden kann. Von diesen Gründen kann nur einer in Frage kommen, nämlich der unter Ziffer 5 genannte, welcher lautet: Wenn der Arbeiter sich grobe Beleidigungen gegen den Arbeitgeber oder gegen seinen Stellvertreter zuschulden kommen läßt.“ Es muß nun hervorgehoben werden, daß der Arbeiter das Recht hat, wegen tatsächlich vorhandener oder vermeintlicher Mißstände im Betriebe sich beschwerdeführend an die zuständige Aufsichtsbehörde zu wenden. In der Ausübung dieses Rechts liegt, selbst dann, wenn der Beschwerdeführer in der Darstellung der Mißstände übertreibt, noch keine Beleidigung. Es kann allerdings in der Form, in welcher eine Anzeige abgefaßt ist, oder auch darin, daß unwahre, für den Arbeitgeber beleidigende Tatsachen in der Anzeige behauptet werden, eine grobe Beleidigung gefunden werden. Bestimmte Behauptungen hat die beklagte Firma in dieser Beziehung nicht aufgestellt, sondern sich auf den Standpunkt gestellt, daß die bloße Aufstellung von angeblichen Mißständen an die Gewerbeinspektion ohne vorherigen Versuch der Abstellung der Mißstände durch Anzeige an die Betriebsbeamten als gehässige Denunziation einen Entlassungsgrund darstelle. Diese Ansicht ist, wie oben gesagt, irrig.“

Eine Frage: Wie kommt die Gewerbeinspektion dazu, der Firma nicht nur die in dem Schreiben des Arbeiters enthaltenen Angaben, sondern auch dessen Namen zur Kenntnis zu bringen? Kann durch solche Vorkommnisse das Vertrauen der Arbeiterschaft zur Gewerbeinspektion gehoben werden? Wir glauben nicht.

Ein sonderbares Urteil

hat das Gewerbegericht in Necklinghausen kürzlich gefällt. Es handelte sich um die Frage, ob die Weigerung, aus der Organisation auszutreten, ein berechtigter Grund zur Entlassung sein kann.

Der Kläger war mit einer Anzahl Mitarbeitern dem Zentralverband christlicher Keramarbeiter beigetreten. Am 20. Februar hat der beklagte Unternehmer den betreffenden Arbeitern sagen lassen, daß sie aus dem Verband austreten müßten, widrigenfalls Kündigung erfolgen werde. Am 28. Februar hat der Arbeitgeber dann nochmals erklärt, die Mitglieder des genannten Verbandes müßten in 14 Tagen aufhören, wenn nicht bis dahin der Austritt aus dem Verband erfolgt sei. Daraufhin ist der Kläger am 11. März entlassen worden. Der Lohn ist ihm bis 15. März gezahlt. Er zieht die Neußerung des Arbeitgebers vom 28. Februar nicht als rechtmäßige Kündigung an, weil sie gegen die Bestimmungen über die Koalitionsfreiheit (§§ 152 und 153 der Gewerbeordnung) verstoße. Es wird Lohnzahlung für 14 Tage vom 11. März ab beantragt.

Das Gewerbegericht für Necklinghausen hat die Klage abgewiesen. Gründe: Nach der heutigen Rechtslage ist das Verhalten des Beklagten kein rechtswidriges. Der § 152 der Gewerbeordnung spricht nur von der Aufhebung der gesetzlichen Verbote und Strafbestimmungen gegen die sogen. Koalitionsfreiheit, während der § 153 a. a. D. denjenigen unter Strafe stellt, der einen anderen durch Drohung u. a. bestimmt oder zu bestimmen versucht, an den in § 152 a. a. D. bezeichneten Verabredungen teilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder einen anderen hindert oder zu hindern versucht, von jenen Verabredungen zurückzutreten. Ein solcher Tatbestand ist hier nicht gegeben; der Beklagte bezweckte mit seiner Drohung den Austritt der Arbeiter aus der Organisation, ein Fall, der in den §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung nicht vorgesehen ist. Der § 145 des Bürgerlichen Gesetzbuches greift also nicht Maß.

Dieses Urteil ist ein neuer Beweis dafür, wie dringend notwendig eine Sicherung des Koalitionsrechts durch die Gesetzgebung ist. Heute ist es tatsächlich gegenüber scharfmacherischer Willkür vogelfrei.

Aus der Metallindustrie.

Die Montanindustrie in Elsaß-Lothringen im Jahre 1907.

Nach den statistischen Erhebungen der Bergbehörden fanden im Kalenderjahr 1907 in Elsaß-Lothringen im Betriebe: 57 Eisenbergwerke, Eisenerztagelbaue und sonstige Eisenbergwerke, 3 Steinkohlenbergwerke, 6 Bitumenbergwerke, 17 Steinsalz- und Solkalkbergwerke zur Versorgung von 5 Säunen und 3 Sodafabriken, 1 Steinsalz- und Kalibergwerk, 11 Hochöfenwerke mit 56 Hochöfen, von denen 54 im Betriebe standen,

46 Eisengießereien, 5 Schweißstempelwerke, 8 Flußeisenwerke.

Die Erzeugung dieser Werke betrug in Tonnen: an Eisenerzen 14 107 517, an sonstigen Erzen 1519, an Steinkohlen 2 194 217, an Erdöl 25 994, an Asphalt 6318, an Siedesalz 68003, an Rohelien 2 511 588, an Schweißstempeln 38 525, an Flußeisen 1 164 136, an Eisengießwaren 87 816. Von den 2 511 588 Tonnen Rohelien waren in Tonnen: 340 557 Gießereirohelien, 2149 Gießwaren, 1 Schmelzung, 2 057 041 Thomasrohelien und 111 841 Buddelrohelien. Die 30 unterirdischen Kalksteinbrüche und Gipsgruben, die der Aufsicht der Bergbehörde unterstanden, förderten 104 123 Tonnen Kalksteine und 60 893 Tonnen Gips. Gegenüber dem Vorjahre hat die Förderung an Eisenerzen um 273 032, an sonstigen Erzen um 564, an Steinkohlen um 122 702, an Erdöl um 3971, an Siedesalz um 7908, an Gips um 2956 Tonnen zugenommen und sind 89048 Tonnen Rohelien, 3987 Tonnen Schweißstempeln und 8624 Tonnen Eisengießwaren mehr hergestellt worden. Eine Mindererzeugung haben nur die Flußeisenwerke, die Asphaltwerke und Kalksteinbrüche aufzuweisen. Dieses betrug an Flußeisensubstraten 24412, an Asphalt 1180 und an Kalksteinen 4292 Tonnen.

Auf den Eisenerzgruben gelangten im Jahre 1907 14 102 299 Tonnen Eisenerze zum Absatz, gegenüber 13 818 133 Tonnen im Vorjahre. Abgesetzt wurden an die Hüttenwerke in Elsaß-Lothringen 7 632 396 Tonnen = 54,17 Proz., im Saargebiet 2 197 235 Tonnen = 15,58 Proz., im übrigen Rheinlande und Westfalen 2 227 872 Tonnen = 15,80 Proz., in Luxemburg 1 229 715 Tonnen = 8,72 Proz., in Frankreich 600 751 Tonnen = 4,26 Proz., in Belgien 207 330 Tonnen = 1,47 Proz. Von den im Jahre 1907 geförderten 2 194 279 Tonnen Steinkohlen wurden 185 400 auf den Werken selbst für Heizung der Dampfkessel, der Geschätsräume usw. verbraucht, so daß 2 008 879 Tonnen Steinkohlen oder 5,92 Prozent mehr als im Vorjahre zum Versand gebracht wurden. Davon sind abgesetzt worden: In Elsaß-Lothringen 1 102 107 Tonnen = 54,86 Proz., in Süddeutschland und in der Rheinprovinz 536 642 Tonnen = 26,71 Proz., in Italien 7430 Tonnen = 0,34 Proz., in Luxemburg 18 623 Tonnen = 0,85 Proz., in Desterreich 1960 Tonnen = 0,09 Proz.

In den bergbaulichen Betrieben von Elsaß-Lothringen wurden im Jahre 1907 durchschnittlich 25 585 Arbeiter und 946 Aufsichtsbeamte beschäftigt, gegenüber 23 896 Arbeiter und 732 Aufsichtsbeamte im Vorjahre. Die Zahl der in den Eisenhüttenwerken in Elsaß-Lothringen beschäftigten Arbeiter belief sich im Durchschnitt im Jahre 1907 auf 23 350 gegenüber 21373 im Vorjahre.

Goldgewinnung der Erde im Jahre 1907.

Gold ist zwar dasjenige Metall, von dem die Arbeiter — mit Ausnahme der Goldarbeiter — am wenigsten geplagt werden, dennoch ist es auch für uns interessant, über die Goldgewinnung näheres zu erfahren. Nach den vom statistischen Amt in Washington angestellten Ermittlungen belief sich die Goldproduktion der Welt im Jahre 1907 auf 19 584 844 Unzen gegenüber 19 370 653 Unzen im Jahre 1906. Dieser Zuwachs ist hauptsächlich auf den Aufschwung der der südafrikanischen Wänerindustrie zurückzuführen. Im ganzen ist der afrikanische Kontinent mit 40 Prozent an der Weltproduktion beteiligt. Demgegenüber weist die Goldgewinnung in den Vereinigten Staaten in Alaska und in Kalifornien einen Rückgang auf. Auch die australische, die indische, die kanadische und die russische Goldgewinnung bewegten sich in rückläufiger Richtung, während sich für Südamerika eine Steigerung von 20 Proz. ergab. An der Gesamtproduktion waren die genannten Länder in folgender Weise beteiligt!

Table with 2 columns: Country/Region and Unzen. Rows include African continent, USA, Alaska, California, Canada, Mexico, South America, West Australia, Victoria, New Zealand, Queensland.

In der internationalen Statistik der Goldgewinnung figuriert Europa somit überhaupt nicht und ist vollständig auf den Import dieses edeln Metalls angewiesen.

Streits und Lohnbewegungen.

Donaudra. Ein wenig erfreuliches Osterfest wurde den Arbeitern des Donaubrader Eisen- und Stahlwerkes bescheert. Trotzdem die Lebensverhältnisse in Donaubräd nicht günstiger sind, als in andern Städten, und trotz

